



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 12.11.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Novelle der Kulturförderung in
Ludwigsburg
- Transformation der Kulturarbeit
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 286/25

Beschlussvorschlag:

1. Die Eckpunkte für die Novelle der Kulturförderung der Stadt Ludwigsburg werden für die Jahre 2026 bis 2030 beschlossen; die Novelle bildet die verbindliche Grundlage für die Aufstellung der Haushaltsentwürfe im Produktbereich Kultur in diesem Zeitraum.
2. Der Fachbereich Kunst und Kultur wird beauftragt, die in Anlage 2 dargestellten Berechnungen im Zuge der Haushaltsaufstellung 2026 ff. rechnerisch zu präzisieren, erforderliche Anpassungen vorzunehmen und in den Haushaltsentwurf zu überführen; hierzu kann actori GmbH, München, als Fachberatung hinzugezogen werden.
3. Der Fachbereich 41 wird ferner beauftragt, ein regelgebundenes Verfahren zur Fördermittelausschüttung (u. a. Richtlinien, Kriterien, Fristen, Nachweisführung, Ziele) zu entwerfen und je nach Bedarf zur Beschlussfassung vorzulegen sowie die Umsetzung ab 2026 zu organisieren.
4. Die Durchführung steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Haushaltsmittel. Redaktionelle Folgeänderungen sowie Anpassungen an Beschlüsse des Gemeinderats können durch den Fachbereich vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Die Beschlussfassung erfolgt in der Gemeinderatssitzung am 19.11.2025.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Sie merkt an, dass heute nur eine Beratung stattfinde, die Entscheidung solle in der Gemeinderatssitzung am 19.11.2025 erfolgen. Die Reduzierung um 300.000 Euro im Kulturbereich, während der Zwischenspielzeit, sei bereits beschlossen. Ein Teil davon solle zurückfließen, da sich die Kosten für die Kulturschaffenden in den letzten Jahren deutlich erhöht haben und man die Zukunftsfähigkeit erhalten wolle. Die Kultur gliedere sich anders als der Sportbereich, gibt sie zu bedenken. Heute gehe es um die unabhängigen Einrichtungen und die Vereine aus dem Stadtverband für Musik. Sie spricht den Antrag der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion an und erteilt den Antragstellern das Wort.

Stadträtin **Dötterer** verzichtet auf eine Erläuterung ihres Antrages Nr. 313/25, den sie durch die heutige Vorlage als erledigt erklärt. Sie nimmt die Einschätzung der Verwaltung zur Kenntnis, wenngleich sie inhaltlich eine andere Auffassung vertrete.

Stadtrat **Meyer** geht auf den CDU- Antrag Nr. 324/25 ein und erläutert diesen. Er betont, dass sich seine Fraktion zur Kultur bekenne und eine gewisse Erhöhung unterstütze. Die Kulturtreibenden benötigen Klarheit, jedoch sehe er im Vergleich zur Sportförderung die Erhöhung als zu hoch an. Er wolle einen ausgewogenen Vorschlag und eine Basisförderung mit einer dreiprozentigen Erhöhung. Die vakante Personalstelle im Fachbereich solle nicht zur Refinanzierung herangezogen werden.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. In der Präsentation wird auch auf den Antrag der CDU-Fraktion Nr. 324/25, welcher in Teilen von dem Verwaltungsvorschlag abweicht, erläutert. Der Antrag der AfD- Fraktion Nr.313/25 sei mit der heutigen Beratung als erledigt anzusehen. Ziel der Reform sei es, eine einheitliche, transparente und nachvollziehbare Förderlogik zu schaffen.

Die neue Förderung werde für den Zeitraum 2026 bis 2030 betrachtet, fügt EBMin **Schmetz** hinzu und geht auf die Vorlage ein. Bei Wiedereröffnung des Forums müsse die Förderung neu berechnet werden. Die finanziellen Mittel können aus dem Kulturretat, aufgrund der reduzierten Spielzeit im Forum, generiert werden.

Tendenziell stehe seine Fraktion hinter dem Verwaltungsvorschlag, sagt Stadtrat **Medinger**. Das Ehrenamt solle gewürdigt und gepflegt werden.

Stadträtin **Moersch** kündigt einen Änderungsantrag zur Herabsetzung der Mindestmitgliederanzahl auf 25 Personen an und wird diesen schriftlich bis zur Gemeinderatssitzung einreichen. Die Kulturlandschaft sei kostbar und unverzichtbar. Seit Jahren habe es keine zusätzliche weitere Förderung gegeben, obwohl sich die Kosten stetig erhöht haben und dies die Kulturschaffenden vor große Schwierigkeiten stellt. Deshalb wolle sie auch bei einer schlechten Haushaltslage unterstützen. Sie spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus und wird den CDU-Vorschlag nicht unterstützen. Sie befürwortet die Wiederbesetzung der Abteilungsleitungsstelle und regt eine Besetzung im Zuge der internen Umstrukturierung an.

Die Kultur sei wichtig und bildet den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Seine Fraktion unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Er regt an, Anstöße und Unterstützung bei möglichen Zusammenführungen einzubeziehen. Er hofft, dass die Kulturschaffenden und die Verwaltung künftig profitieren. Die Förderkriterien seien gut, wenngleich er hofft,

dass der Verwaltungsaufwand in einem überschaubaren Rahmen liege. Er fragt, ob bei der Erhebung der Mitgliederzahl aktive und passive eingerechnet seien.

Die Erhöhung sei moderat und die Kriterien nachvollziehbar, sagt Stadträtin **Dötterer**. Sie unterstützt den Antrag der FW-Fraktion hinsichtlich der Herabsetzung der Mindestteilnehmerzahl, wie auch den Antrag der CDU-Fraktion.

Stadträtin **Allerborn** trägt die Kriterien mit und unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Das Ehrenamt brauche finanzielle Unterstützung.

Stadtrat **Taskin** fragt, ob die Kulturschaffenden einbezogen und mit dem Vorschlag einverstanden seien. Er geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

EBMin **Schmetz** antwortet auf die Fragen. Die Kulturschaffenden seien erleichtert, jedoch nicht zufrieden, da es für den laufenden Betrieb dennoch teilweise nicht ausreiche. Bei der Berechnung der Mitgliederzahl werden nur Aktive berücksichtigt. Sie geht weiter auf die Bespielung des Forums ein. Die Verwaltung denke über die Idee einer Kommerzialisierung des Forums und Ausweitung der Vermietung nach. Man prüfe gerade, ob mehr Veranstaltungen und Kongresse sowie kommerzialisierte Kultur machbar seien, um mehr Einnahmen zu erzielen.

Stadtrat **Meyer** sieht eine Kommerzialisierung kritisch. Man habe das Forum für die Kultur gebaut und nicht für Kongresse, sagt er. Die Förderungen von Bund und Land werden nicht für eine Kongressstätte gewährt, gibt er zu bedenken.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** wünscht Klarheit zum Vorgehen in der Gemeinderatssitzung.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass der städtische Vorschlag bestehen bleibe und über die Änderungsanträge abgestimmt werde. Die Anregung zur Herabsetzung der Mindestteilnehmerzahl solle in den Fraktionen besprochen werden.

Beschluss:

Der Verein Tragwerk e.V. erhält ab dem Jahr 2026 für weitere drei Jahre eine Förderung von jeweils 48.500 Euro pro Jahr für die Organisation von inklusiven Begegnungsangeboten, für das Sprechcafé Deutsch sowie für die Weiterführung und den Ausbau des Netzwerks Inklusion.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Die **Inklusionsbeauftragte** informiert zum Thema und geht auf die Vorlage und den Jahresbericht ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache und dankt für diese wichtige und bedeutende Arbeit. Die Drittmittelakquise sei beeindruckend.

Stadtrat **Medinger** spricht von einer segensreichen Arbeit und dankt. Er lobt die gute Vernetzung. Die großartige Leistung stehe in keinem Verhältnis zur Fördersumme.

Der Verein decke ein breites Spektrum ab und bringe ein hohes ehrenamtliches Engagement ein, lobt Stadträtin **Dr. Traub**. Die Ermöglichung eines Praktikums und den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt sei eine enorme Leistung. Die Angebote im Bereich Sprache seien ebenso beeindruckend und helfen für die Kommunikation im Alltag. Nur eine einzige Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt kompensiere den Förderbetrag, rechnet sie vor. Einsamkeit und gesundheitliche Probleme werden mit dem demografischen Wandel mehr zunehmen, deshalb seien regelmäßige Termine wichtig und bringen Struktur. Sie dankt und werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Akin** schließt sich den Wortbeiträgen an und dankt ebenso. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Gekeler** dankt für das Engagement und lobt das niederschwellige Angebot und den großen Beitrag für die Ludwigsburger Gesellschaft. Er fragt, ob auch künftig der Landkreis einen Zuschuss plane. Er werde vollumfänglich zustimmen.

Stadträtin **Dötterer** spricht ebenso ihren Dank aus.

Stadträtin **Allerborn** fragt nach den künftigen Zuschüssen des Kreises und weiteren Drittmitteln. Inklusion sei ein wichtiger Faktor, um Berührungängste und

Missverständnisse abzubauen. Es gebe immer noch eine große strukturelle Benachteiligung. Sie dankt für den hoffnungsvollen Weg und stimmt zu.

Stadtrat **Taskin** dankt ebenso und regt eine Dynamisierung an.

Zur Dynamisierung werde ein gesamtstädtisches Konzept für alle Träger gewünscht, antwortet EBMIn **Schmetz**.

Stadtrat **Meyer** plädiert ebenso dafür die Gesamtheit zu betrachten. Er wünscht hierzu eine Beratung im 1. Halbjahr 2026.

Die städtische Förderung sei eine wichtige Grundlage für die kommenden drei Jahre, so eine **Vertreterin** des Vereins Tragwerk e.V. und sie dankt für das positive Feedback. Weiter geht sie auf die unsichere Finanzierungssituation ein und merkt an, dass man eine jährliche Stiftungsgelder- Akquise betreibe. Die Weiterentwicklung im Landkreis sei noch unklar.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3	Städtische Förderung für das Kindertagheim Charlottenkrippe im Rechnungsjahr 2024 und Festsetzung der Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 2026	Vorl.Nr. 288/25
-------	---	-----------------

Beschluss:

1. Die städtische Förderung des Kindertagheims Charlottenkrippe, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2024 auf brutto 3.749.679 € festgesetzt.
2. Die Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 2026 werden lt. Wirtschaftsplan der Charlottenkrippe in einer Höhe von 4.162.850 € ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.